

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Samkonto: Gedr. Arnold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Mitte und Dresden-Alstadt

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 980.— M., durch die Post bezogen monatlich 980.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 250.— M., Einzelnummer 50.— M., Gesamtdrucknummer 70.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Spalte, Nonpareilgröße 100.— M., die Spalte mit Kleinzeilen 400.— M., auswärts 125.— u. 500.— M., Ausland 800 u. 2500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Verleihsuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefunterlegung 80 M.

Nr. 15

Dresden, Donnerstag den 18. Januar 1923

34. Jahrg.

Europa am Scheidewege

Völkerringkampf oder Arbeit? — Erz und Kohle

Seit dem Verfall der Scheinfrieden hat Europa mehrfach an jenem Scheidewege gestanden, dessen eine Straße zur Völkerverständigung, dessen andre zu neuen Kriegerwirren führt. Wir stehen gegenwärtig wieder vor diesem Scheidewege des Schicksals, ja manche behaupten, Europa marschiere bereits auf dem Wege der Katastrophe. Und dieses Denken in Katastrophen entspricht namentlich der Psychologie eines Volkes wie des deutschen, das durch immer neue Vergewaltigungen in den Zustand verzweifelter Empörung hineingetrieben wird. Wieder einmal kreist in Deutschland das Hoffen von Millionen in katastrophalen Vorstellungen. Im Osten scheint sich aus dem Wintersturm nach Memel ein Konflikt zwischen Polen und Litauen zu entzünden. Polen mobilisiert; Rußland rüstet. Und sofort zuckt in vielen deutschen Hirnen der elektrische Schlag: da, aus den Wirren im Osten, könnte die Befreiung Deutschlands aufsteigen. Man liest, England bereite eine Protestaktion gegen den französischen Raubzug vor, und sofort glauben breite Schichten, aus einem englisch-französischen Zusammenstoß müsse unser Heil erwachsen.

Mögl. daß die Schicksalswege, bekräftigt von den Sünden der Dummheit des europäischen Kapitals, sich bereits zum letzten Kriegerischen Entwicklungsstadium zu fügen begonnen hat. Aber davon eine Befreiung unseres Landes zu erwarten, ist die Hoffnung der Verzweiflung, deren Logik immer Frank ist. Davon vor allem die Befreiung Europas zu erwarten, heißt die Geschichte verschließen zu haben. Auch vor dem Weltkriege gab es eine starke herrschende Meinung, die von einem Kriege „die Reinigung der europäischen Atmosphäre“ erhoffte. Wir haben den Krieg erlebt; das Resultat liegt zur Prüfung vor. Jedes weitere Wort darüber ist überflüssig. Darum können Sozialdemokraten jetzt in diesen Tagen nicht oft genug versichern: wer in einem künftigen Kriege auch unterliegen, wer auch siegen würde, das Unheil würde in jedem Falle auf Kosten und wahrheitsgemäß sogar auf dem Rücken des deutschen Volkes ausgegossen, würde in jedem Falle die Verelendung Europas ins noch Unertträglichere steigern als bisher. Ein solcher Kampf mißte Deutschland zurücklassen in einem Zustand der Verelendung, der nur mit dem nach dem 30-jährigen Kriege zu vergleichen wäre.

Darum laßt alle Hoffnungen auf feindselige Zuspißungen und kriegerische Auseinandersetzungen fallen. Viel wichtiger ist es, zu untersuchen, welche wirtschaftliche und politische Möglichkeiten es gibt, Europa auf friedliche Wege der Verständigung, der Veruhigung und der Verschönerung entgegenzuführen. Denn alle Wirren, die wir um uns sehen, die wir durchleben, sind, an der Wirklichkeit der Geschichte gemessen, doch nur eine kurze Spinne, sind aus der Lachspur geboren, die zwischen den streitenden Völkern gespannt ist, die auf tieferen Ursachen geboren sind, als uns Hochtheoretiker erklären können. Gegenläufige, hervorgebrochen aus Lebensnotwendigkeiten, deren Kraft jedes Volk in sich verspürt. Und alle Wirren der Gegenwart sind Versuche untauglicher Art, die aus diesen Lebensnotwendigkeiten geborenen Probleme zu lösen.

Da erscheint uns denn ein Artikel sehr beachtlich, den Paul Bröder in der Zeitung Der Deutsche veröffentlicht. Es handelt sich hier um die Berliner Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften. Die Gedankengänge dieses nichtsozialistischen Blattes stehen von dem ausgelegten Bekreiter der Wahrheit der bürgerlichen Presse so angenehm ab und versuchen so gründlich zu den Wurzeln des europäischen Unheils hinabzufragen, daß sie besondere Beachtung verdienen. Der Artikel verweist darauf, daß zu beiden Seiten des Rheins die Erz- und die Kohle-Klagen und daß diese beiden Faktoren Europas Schicksale entscheidend bestimmen. Vor dem Kriege waren sie in Deutschlands Händen; als Folge davon entstand der deutsch-englische Gegensatz. Gegenwärtig sucht Frankreich die beiden Kräfte der Erde in seiner Hand zu vereinigen, und schon stellen sich zwischen Frankreich und England genau dieselben Energiekämpfe ein, die vorher zwischen uns und dem Zwielfreiche bestanden. Bröder fragt:

Es scheint, als stände man da vor einem Fatum. Siegt es wirklich so, daß die Erz- und die Kohle zu beiden Seiten des Rheins immer nur in einer Hand vereinigt sein können, — wird also einer von beiden gewiß der gefährliche Stachel Englands sein und das Schicksal tragen, Drahtseile streuen zu müssen, die einen neuen Krieg herbeiführen lassen?

Er stellt diese Frage, um sie zu verneinen, denn Staat und Wirtschaft denken einander heute nicht mehr wie ehedem im vorkapitalistischen Zeitalter. Das Volk in seinem Kern wohnt in seinem Staat, aber Teile des Volkes wohnen längst in vielen Staaten. Die Staatsgrenzen schließen Völker nicht mehr reflexlos ein, sondern verknüpfen die Völker miteinander. Der Arbeitsaustausch der Staaten untereinander hat längst zu einer internationalen Arbeitsteilung geführt, also auch zu einer internationalen

wirkenden Kapitalismus. Der weltwirtschaftlich orientierte Kapitalismus wird naturgemäß bewirken, daß Staat und Wirtschaft sich immer weniger decken. Leider gibt in den Völkern noch zu sehr die Vorstellung, daß Staat und Wirtschaft einander begrenzen müssen. Daraus fließen viele Konflikte. Bröder belegt die Notwendigkeit neuer Formen des staatlichen Nebeneinanders mit Beispielen aus der Geschichte:

England selbst ist ja ein Beispiel. Die Staaten des britischen Reiches haben unter sich eine enge konstitutionale Wirtschaftsorganisation, die sich gebildet hat. Das hat zu einem Reiche vereint, deutet an, daß die wirtschaftliche Konstitution der Staaten imstande sein kann, diese auf der Basis ihres wirtschaftlichen Vermögens zu einem „Leberbrot“ zu vereinigen. Das Deutsche Reich als Bundesstaat vornehmlich ja auch nicht anders. Die Territorien wachsen staatlich ineinander, nachdem ihre Wirtschaften sich untereinander überterritorial konstruktiv verknüpft haben. Vor unsen Augen aber spielen sich ja die Anfangsstadien eines gigantischen Beispiels ab!

Solche Gedankengänge sind uns Sozialisten nicht neu. Aber es ist wichtig, daß sie in diesen Tagen auch von dem demokratischen, vernünftigeren Teil der bürgerlichen Presse mit Nachdruck vertreten werden, denn wenn es so ist, daß Erz und Kohle infolge wirtschaftlicher Verknüpfungen mit dämonischer Gewalt zueinander streben, so ergeben sich daraus politische Konsequenzen, denen niemand ausweichen darf, der Europas Frieden anstrebt. Und die Schlüsse, zu denen der Artikel gelangt, sind nicht für uns, sondern in einem Zentrumsblatt immerhin eine so seltene Erkenntnis, daß wir sie hier wiedergeben:

Erz und Kohle streben einander, die Arme entgegen. Sie suchen sich. Aber ein tiefes Wasser wollen sie zusammenkommen. Das zeigt sich auch in der Form des Strebens des beiderseitigen Kapitals nach einem deutsch-französischen Montantrust. Kame er, frei von politischen Schwärmen, zustande, dann würde die verlockende Kohle in Deutschlands Hand, das zu verhängende Erz in der Hand Frankreichs sein, — und doch wären sie beide in einer Hand vereinigt, nämlich in der Hand der konstruktiv verbundenen deutschen und französischen Wirtschaft. Darüber, ob daraus nun auch ein „Leberbrot“ Frankreich-Deutschland entstehen müßte oder könnte, soll man sich den Kopf nicht zerbrechen. Weltpolitik wird nicht am Reichbreit gemacht. Aber darüber, ob dann nicht mehr

Frankreich oder Deutschland der Rivale Englands sein würde, sondern ob dann für den englischen weltpolitischen Wahnwollen der fahbare Gegner fehlen würde, darf man mit Recht nachdenken. Denn wenn diese Überlegung richtig ist, so bringt schon sie den Beweis, daß es auch ohne einen neuen Krieg an und für sich möglich ist, zu einer dauernden Neuordnung der europäischen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu gelangen. Ob ein Krieg nicht aber alle Voraussetzungen dafür gerieren würde, das kann nur der bedingungslos vernünftige, der den Weltkrieg beschlafen hat.

Aber alles Wünschen wird den Krieg nicht verhindern, wenn die Menschen nicht danach trachten, seine Voraussetzungen zu beseitigen, — nämlich die Ursache der Ursachen, die, wenn sie einmal da sind, nur auf die Veranlassung warten brauchen, die den Krieg auslöst. Nützlich erscheint, daß Frankreich auf die Ruhrfrage, d. h. auf die Rheingrenze, verzichtet, so wie Deutschland auf die Erzfrage, d. h. auf Lothringen, verzichtet müßte, und beide sich vornehmen, sie in einem deutsch-französischen Montantrust zu vermalen. Man muß das aussprechen! Denn genau so sicher, wie Frankreich durch sein montanpolitisches Streben, auch die Ruhrfrage zu erhalten, einen neuen Weltkrieg heraufbeschwört, genau so folgerichtig würde Deutschland daselbst tun, wenn es in diesem Augenblick wieder mächtig würde und die Erz zurückverlangen wollte. Aber auch das müssen wir einsehen. In beiden Fällen würde ja der gefährliche und angreifbare Rivale Englands entstehen. Das sind die zwei Wege: der eine heißt Krieg, der andre Arbeit.

Was hiermit gewiesen wird, ist der Weg der Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland. Wir wissen, daß zu Verhandlungen darüber gegenwärtig weder die Kräfte aller jenseits des Rheins die Situation günstig und die Köpfe aller der verständigeren fortschrittlicheren Teil der Völker rechts und links des Rheines durch unermüdbare Aufklärung und Agitation den Weg zur Verständigung über die Bodenfrage frei machen! Vor allem kommt es darauf an, daß diese Verhandlungen nicht auf privatkapitalistischer Grundlage erfolgen. So sehr das immerhin ein Fortschritt über den bestehenden Zustand hinaus wäre, so sehr bliebe es eine Quelle der Ausbeutung des französischen und des deutschen Volkes durch eine neue Großmacht, nämlich die des deutsch-französischen Großkapitals. Wir müssen wünschen, daß der überstaatliche Ausgleich von Erz, Eisen auf gemeinwirtschaftliche Wege erfolgt, damit vor allem die Möglichkeit geschaffen wird, daß die von Volke gewählten Vertreter die unmittelbare Verantwortung für alle Abmachungen tragen.

Nur auf diesem Wege der Vereinbarungen und Verständigungen über Lebensnotwendigkeiten, die in den entzweiten Ländern gleich stark vorhanden sind, kommen wir zum Frieden unseres Erdteils und der Welt. Alles andre führt zu neuen Verrümpfungen, gefährlichem Kampf, zu verewigtem Saß.

Die Beschlagnahme der Kohlensteuer

Paris, 17. Januar. Auf Grund der Entscheidung der Reparationskommission haben, in Behütigung der geistigen Anstandes, die französische und die belgische Regierung inoffiziell beschlossen, für Rechnung der Alliierten die Kohlensteuer selbst zu erheben.

Genève, 17. Januar. Von französischer Seite wird mitgeteilt, daß eine der angebotenen Sanctionen in der kommenden Nacht eine große Anzahl von leeren Eisenbahnwaggons beschlagnahmt werden soll. Weiter sollen leere Schlepplöhne, die sich auf dem Rhein und dem Rhein-Rhône-Kanal befinden, beschlagnahmt werden.

Paris, 17. Januar. Die französische, die belgische und die italienische Regierung haben den Befehl zur sofortigen Ausbeutung der Dominialforsten am linken Rheinufer erteilt als Sanction für die am 26. Dezember durch die Reparationskommission festgestellten deutschen Verfehlungen bei den Kohlenlieferungen.

Die Kohlenrequisition verzögert

Genève, 18. Januar. Der Befehl auf Requisitionierung der Kohle ist wohl erlassen, aber bisher anscheinend nirgend durchgeführt worden. Man verzieht die Ausführungsmaßnahmen immer auf neue. Gestern sind alle Kohlentransporte nach Deutschland statt abgefertigt worden. Die ausländischen französischen Kontrollmaßnahmen auf Offener Bahnhöfen wurden wieder eingestellt.

Erneutes Verbot der Kohlenlieferung

Genève, 17. Januar. Bei den Zeichenbesitzern ist heute folgendes Telegramm des Reichskohlenkommissars eingegangen:

Unter Bezugnahme auf die Bepredung der französischen industriellen Kohlenkommission mit den Zeichenbesitzern verbleibe ich mit Rücksicht auf den französisch-belgischen Einbruch besonders ausdrücklich die Lieferung von Kohle und Holz an Frankreich und Belgien auch für den Fall der Bevorratung oder Verladung durch diese Staaten.

Ich mache ergebenst darauf aufmerksam, daß Zusammenhänge gegen meine Ihnen vorstehend bekanntgegebenen Anordnungen nach § 7 der Bekanntmachung über die Befreiung des Reichskohlenkommissars für die Kohlenlieferung vom 28. Februar 1917 HGB. I § 193 mit Gefährnis bis zu einem Jahre bekräftigt werden. Reichskohlenkommissar, gen. Stuch.

Beschlossener Widerstand der Zeichenbesitzer

Genève, 17. Januar. Die Vertreter der Zeichenbesitzer haben der Beschlagnahme folgende Erklärung, die jeder der Zeichenbesitzer mit seinem Namen versehen hat, übermittelt:

Der Unterzeichnete bekennt den Empfang der von dem Generalinspektor der Bergwerke Costa erteilten Anordnung vom 15. Januar 1923, in der der Befehl erteilt wird, unweigerlich zur Ausführung der Kohlen- und Holzlieferungen im Rahmen des Reparationsprogramms zu schreiten. Demgegenüber wird erklärt:

Die interalliierten Regierungen haben bei Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland die Souveränität des Deutschen Reiches ausdrücklich und feierlich anerkannt. Demgemäß sind im Gebiete des Deutschen Reiches die deutschen Gesetze in Kraft und alle deutschen Staatsangehörigen schulden den deutschen Behörden und den deutschen Behörden Gehorsam. Der Herr Reichskommissar hat unter Androhung von Gefängnisstrafe den ausdrücklichen Befehl an alle Behörden des Ruhrgebietes erteilt, keinerlei Brennstoff an Frankreich und Belgien zu liefern. Ich kann daher dem mit von Costa erteilten Befehl nicht nachkommen. Der Befehl meiner zuständigen Behörde schafft für die Zeichenbesitzer einen Fall von höherer Gewalt, bei dem auch nach französischem Rechte jede persönliche Verantwortlichkeit ausgeschlossen ist. Niemand kann geahndet werden, gegen sein Vaterland zu handeln und eine ehrlose Handlung zu begehen. Zusammenfassend stelle ich fest, und erkläre hiermit auf das Bestimmteste, zu einer Handlung gegen mein Vaterland und zu einer ehrlosen Handlung lasse ich mich nicht zwingen.

Stinnes kauft englische Kohle

London, 17. Januar. Die Presse behauptet: Es ist Stinnes gelungen, von einer Gruppe von Londoner Banken einen Kredit von 2 Millionen Pfund Sterling zum Kauf von 1½ Millionen Tonnen Kohle zu erhalten.

Keine weitere Ausdehnung der Besetzung?

Nach einer Meldung aus Darmen rüdt gestern nachmittag eine französische Kavalleriepatrouille in die Stadt ein, zog aber nach wenigen Minuten in Richtung auf Hagelb wieder ab. Nach einer weiteren Meldung aus Düsseldorf erklärte General Degoutte Vizepräsident gegenüber, daß mit der Besetzung der gefürchteten Städte die militärische Aktion im Ruhrgebiet vorerst beendet sei.

Verstärkung des Belagerungszustandes

Genève, 17. Januar. Der Belagerungszustand hat eine Verstärkung erfahren, indem jetzt auch Kufschke und Langgöbe für Versammlungen vorgeschriebenen Genehmigungen, die drei Tage vorher eingeholt werden muß, unterliegen. Auch sonst macht sich der Druck der Besetzung von Tag zu Tag fühlbarer. Die sich der Druck der Besetzung von Tag zu Tag fühlbarer. Die sich der Druck der Besetzung von Tag zu Tag fühlbarer. Die sich der Druck der Besetzung von Tag zu Tag fühlbarer. Die sich der Druck der Besetzung von Tag zu Tag fühlbarer.